

Verhaltenslehren der Selbstkontrolle

Beratungsleistung und Mandatstätigkeit müssen endlich klar getrennt werden. Ein Einwurf | Von Dominik Meier



Zugangsbeschränkung: Damit das gesellschaftliche Band nicht auseinanderreißt, bedarf es effektiver Regeln für Lobbytätigkeiten

Donnerstagabend, 22:25 Uhr in einem fast leeren Bundestag. Die Gesichter sind müde von einem langen Tag voller hitziger Coronadiskussionen. Die Unsicherheit über die politische Zukunft Deutschlands liegt wie ein düsterer Schleier des Nichtwissens über dem Plenarsaal. Da verkündet Vizepräsident Wolfgang Kubicki: Das Lobbyregister ist beschlossen.

Eigentlich ein Meilenstein nach jahrzehntelanger Diskussion auf dem Weg zu mehr Transparenz in Parlament und Regierung? Die Deutsche Gesellschaft für Politikberatung (de'ge'pol) fordert bereits seit 2008 ein verpflichtendes Lobbyregister für alle. Wirkliche Feierstimmung kommt im Parlament aber keineswegs auf. Zu sehr lastet der Druck der jüngsten Skandale auf den Parlamentariern. Zeitgleich kursiert im Plenarsaal die Meldung des *Spiegels*, der ehemalige Abgeordnete Mark Hauptmann sei in Maskengeschäften in Höhe von über 7,5 Millionen Euro verwickelt. Wacker haben die Bundestagsabgeordneten daher gerade gegen den „bösen“ Lobbyismus angeredet.

Nur, das Lobbyregister betrifft sie gar nicht. Abgeordnetenlobbyismus lässt sich wegen der Freiheit des Mandats angeblich nicht in ein Lobbyregister integrieren. Dazu müssten die Parlamentarier ihre eigenen Verhaltensregeln ändern. Diese müssten endlich eine klare Trennung von entgeltlicher Beratungsleistung und Mandatstätigkeit beinhalten. Eine Forderung, die die de'ge'pol seit 20 Jahren vergebens an den Bundestag heranträgt. Über diese Trennung ging man aber in dieser nächtlichen Diskussion am Donnerstag fast vollständig hinweg. Ein Fehler.

Bringt dieses Lobbyregister jedoch endlich das ersehnte Licht in das angebliche Lobbydunkel? Tatsächlich ist das neue Lobbyregister schlichtweg verunglückt. Es ist gekennzeichnet von erheblichen handwerklichen Fehlern bis hin zu verfassungsrechtlich bedenklichen Eingriffen in Rechtsgüter wie Meinungs-, Berufs- und Petitionsfreiheit. Durch zahlreiche Ausnahmen bei der Registrierungspflicht ähnelt es zudem eher einem Schweizer Käse.

Was nicht in Vergessenheit geraten darf: Die Vertretung von Interessen ist ein von der Verfassung geschütztes Grundrecht. Als solches ist es nicht nur legitim, sondern innerhalb unseres demokratischen Systems unverzichtbar. Seit jeher ist Interessenvertretung unterschiedlichster Art in verschiedenen Formen am demokratischen Willensbildungsprozess beteiligt. Wie sonst sollte unsere freiheitliche Gesellschaft unter Einbeziehung aller gestaltet werden?

Blickt man nun genauer in den kurzen Gesetzestext zum Register, kommen einem erhebliche Zweifel. Besonders besorgniserregend dabei: Binnen 24 Stunden landete vorige Woche plötzlich ein neuer Passus im Gesetzentwurf. Dieser schreibt fest, dass der Verwaltungsdirektor des Deutschen Bundestags ab dem Januar 2022 nun die Aufsicht über die Frage ausübt, was Interessenvertretung ist und wer Interessen überhaupt vertritt. Insbesondere ist die Bundestagsverwaltung zugleich für die Erstellung, Kontrolle und Sanktionierung des verbindlichen Verhaltenskodex zuständig.

Dabei geht es nicht um offenkundige Rechtsbrüche. Die muss der Staat selbstverständlich ahnden.

Es geht vielmehr um die Grundsatzfrage, was ethisch vertretbare Interessenarbeit ist. Um es auf den Punkt zu bringen: Damit kontrolliert der eigentliche Adressat der Interessenvertretung, der Bundestag, selbst, welche Artikulation von Interessen er für legitim hält. Das ist Staatslobbyismus. Man stelle sich vor, das Bundespresseamt erlasse Pressekodizes und übe selbst die Rechtsaufsicht über deren Einhaltung aus. Es rüttelt an den Grundfesten unseres liberalen Rechtsstaats, wenn nicht mehr Interessenvertreter selbstverantwortlich ihre ethischen Standards erlassen und kontrollieren dürfen.

Die Abschaffung der berufsständischen Selbstkontrolle steht nicht nur verfassungsrechtlich auf wackeligen Beinen, die Realität im zu regulierenden Sektor gibt dazu auch gar keine Rechtfertigung. Natürlich gibt es in der Interessenvertretung – wie in anderen Bereichen auch – schwarze Schafe. Seit 2002 wendet die Branche ein System der Selbstkontrolle an. Die de'ge'pol als berufsständische Organisation hat sich international anerkannten Ethik- und Qualitätsstandards verpflichtet. Seit 2003 existiert ein Verhaltenskodex, der für die Mitglieder verpflichtend ist, der sich aber auch als eine branchenweite Leitlinie der Selbstkontrolle etabliert hat.

Ganz im Gegensatz zur Zentralität des im Lobbyregistergesetz vorgesehenen staatlichen Verhaltenskodex, sieht dieser ein unabhängiges Kontrollgremium mitsamt Rügeverfahren vor. Kaum etwas davon wird nach Inkrafttreten des Lobbyregistergesetzes erhalten bleiben können. Der neu gefasste Paragraph 5 mit einem staatlichen Verhaltenskodex und einem staatlichen Prüfverfahren konterkariert leichtfertig die gesamte berufsständische Arbeit von Interessenvertretung. Quasi per Handstreich besiegeln die Parlamentarier das Ende der freiwilligen und unabhängigen Selbstkontrolle.

Mit der Einführung einer staatlichen Kontrolle der Berufsausübung legt der Bundestag unserem Rechtsstaat somit wieder unnötig Steine in den Weg. Statt Vertrauen in die Politik und die Willensbildung zu stärken, wird das Lobbyregistergesetz das Gegenteil bewirken. Es ist nicht vom Prinzip der Offenheit und des Vertrauens getragen, sondern von Misstrauen und Kontrolle.

Nach der Verabschiedung des Lobbyregisters sind jetzt die Abgeordneten am Zug. Der Missbrauch der Mandatsausübung durch entgeltliche Beratung muss endlich gestoppt werden.



DOMINIK MEIER
ist Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikberatung (de'ge'pol) und Inhaber von Miller & Meier Consulting.

Selig sind die Sanftmütigen

Glücksformel 2021 – Abschied von falsch verstandener Männlichkeit. Eine Handreichung | Von Carolin Wiedemann

Mein bester Freund hieß Johannes. Wir waren vier Jahre alt, unsere Lieblingsfarben waren Gelb und Blau, und wenn wir mit meinen Barbie-Puppen spielten, wollte Johannes immer die mit der Glitzerhaut sein. Wir schmusten mit seiner Katze, weinten im Kino, als Bambi starb, und wenn Johannes seinen verschwundenen Vater vermisste, weinte er auch. Mit sechs hörte Johannes auf zu weinen. Die Katze streichelte er nicht mehr, die schleuderte er jetzt am Schwanz durch den Vorgarten. Bis sie weglief. Ich ging ebenfalls und suchte mir einen neuen besten Freund: eine beste Freundin.

Zur Frau gemacht zu werden, ist kein Spaß. Zum Mann gemacht zu werden, aber auch nicht.

Für die 2020 veröffentlichte Studie *Boys and Sex* sprach Peggy Orenstein mit mehr als hundert jungen Männern aus den USA zwischen 16 und 21 über Männlichkeit, Sex und Liebe. Fast alle sagten, sie hätten im Laufe des Erwachsenwerdens die Verbindung zu ihren Herzen gekappt. Kappen müssen, weil sie nicht verletzlich sein, sich nicht verletzbar zeigen dürften.

In der Erziehung zum Mann heißt es weiterhin, wenn auch oft nicht explizit: Beherrsche Dich, bring das Opfer – es wird sich lohnen. Tränen runterschlucken, hart sein, kämpfen, konkurrieren. Jungen hören heute wie vor dreißig, wie vor hundert Jahren: „Heul nicht!“ Und: „Du bist doch kein Mädchen.“ Das patriarchale binäre Denken legt ihnen immer noch die Abspaltung all dessen nahe, was vermeintlich von Natur aus das andere Geschlecht, die Frau ausmacht.

Dieses Denken wiederum ist nicht „der Natur“ geschuldet, aber es sitzt tief und strukturiert unser Zusammenleben grundlegend. Dazu hat die moderne Wissenschaft beigetragen, indem sie den Körpern mit und denen ohne Uterus jeweils bestimmte, einander entgegengesetzte Eigenschaften zuschrieb, allen voran: Rationalität hier und Emotionalität da – und es war immer klar, was besser war. So ließ sich die patriarchale Rollenverteilung auch in der angeblich freien

zur Diskussion über „toxische Männlichkeit“ führte. Viele junge Männer spüren selbst, am eigenen Leib, was damit gemeint ist: Dass sie darunter leiden und dass sie andere leiden machen. Und so hat kürzlich auch die American Psychological Association, mit 120 000 Mitgliedern einer der größten Psycholog*innenverbände der Welt, Richtlinien für die „Psychologische Arbeit mit Jungen und Männern“ veröffentlicht und darin erstmals Tugenden problematisiert, die als männlich gelten, wie etwa Härte sich selbst gegenüber und das Leistungsideal.

Darüber echauffierten sich ein paar Autoren. Einige Männer unterstellten gar, dass der Feminismus sie sukzessive kleinmachen und unterdrücken wolle. Vielleicht passt dazu der Spruch, der seit 2015 im Netz kursiert: *When you're accustomed to privilege, equality feels like oppression*. Wenn Du Privilegien gewöhnt bist, fühlt sich Gleichheit wie Unterdrückung an.

Heute und hier haben Männer – zumindest diejenigen, die als deutsche und heterosexuelle Männer gelten – noch eine Menge Privilegien, sie haben mehr Freiheiten und mehr Chancen als alle anderen Geschlechter. Die Freiheit etwa, nachts allein die Abkürzung durch den Park zu nehmen, die Chance, Chef zu werden. Diejenigen, die als Frauen gelten, teilen dagegen die Chance darauf, angegrapscht zu werden. Alle jungen Männer, mit denen Orenstein sprach, kennen jeweils mindestens einen anderen Mann, der Frauen gegenüber bereits körperlich übergriffen war.

Viele von ihnen sehen sich angesichts dieser Verhältnisse in der Verantwortung, die Geschlechterordnung weiter aufzurütteln. Dass Feminismus ein Thema für alle ist, glauben nach Umfragen immer mehr junge Männer – bei unter 24-jährigen Männern war der Anteil derer, die sich als Feministen bezeichnen, in Deutschland 2016 doppelt so hoch wie bei Männern über 55 Jahren (13 zu 6 Prozent). Diese jungen Männer besuchen neuerdings Kurse zu „kritischer Männlichkeit“, um ihren Habitus zu hinterfragen, darüber



Solidarität und Liebe: für alle schöner

bürgerlichen Gesellschaft aufrechterhalten, eine Rollenverteilung, die durch die Sphärentrennung im Kapitalismus nur untermauert wurde: Den einen wurde im Privaten Fürsorglichkeit abverlangt, den anderen in der Öffentlichkeit und in der Fabrik Härte.

Doch dank jahrzehntelanger feministischer Kämpfe ist etwas in Bewegung gekommen. Und so brechen die Grenzen der Binarität endlich auf: Das Gesetz erkennt eine dritte Option an, progressive Mediziner*innen gehen mittlerweile gar davon aus, dass es so viele Geschlechter wie Menschen gibt, und auch die jungen Männer, die Autorin Orenstein interviewt hat, unterlaufen die patriarchale Ordnung schon allein durch ihre Gesprächsbereitschaft. Gerade diejenigen unter ihnen, die fester Teil von Jungscliquen sind, artikulieren Erleichterung, über die Männlichkeitsanforderungen zu reden, und zwar weil sie sich ohnehin Gedanken machen. Orensteins Interviews zeigen vor allem das Bedürfnis nach einer kritischen Auseinandersetzung mit der Geschlechterordnung.

Die MeToo-Debatte war Ausdruck und gleichermaßen Antrieb einer Veränderung, die schließlich

nachzudenken, wie laut und wie oft sie ihre Stimmen im Seminar und im Meeting erheben, wie breitbeinig sie in der U-Bahn oder in der Konferenz sitzen. Sie inspirieren sich gegenseitig, ihre Identitäten zu politisieren, die historische Bedingtheit, die Gewachsenheit der vermeintlich natürlichen Unterschiede zu reflektieren. Weil sie solidarisch sind, weil sie dafür eintreten wollen, dass alle einmal gleichermaßen frei sein können, egal welches Geschlecht sie haben. Und weil sie merken, dass auch sie selbst dann erst wirklich frei wären.



CAROLIN WIEDEMANN
ist Journalistin und Soziologin. Sie schreibt u.a. für die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, *analyse & kritik* und *Missy Magazine* über Fragen nach Kritik und Emanzipation. Bei Matthes & Seitz Berlin erschien im Februar ihr Buch „Zart und frei. Vom Sturz des Patriarchats“.

AUF DEN ZWEITEN BLICK



INGE KLOEPPER

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

Alles

Erstmals erscheint es möglich, dass eine grüne Partei die Richtlinienkompetenz in diesem Land erringt. Die Umfragewerte nach dem Regierungsversagen in der Coronakrise sprechen dafür.

Und tatsächlich haben die Grünen das nicht schlecht gemacht – zumindest das Spitzen-Duo aus Annalena Baerbock und Robert Habeck. Sie haben in den Pandemiezeiten weitgehend den Mund gehalten, sich jede Besserwisserie verboten, um die wundersame Zustimmungserhöhung, die sich hierzulande seit ein paar Jahren zeigt, nicht durch eine unpassende Bemerkung wie etwa seinerzeit den „Veggie Day“ zu stören. Selbst nach der spektakulären Entschuldigung von Angela Merkel haben sie auf Polemik verzichtet.

Inzwischen kann man sogar lesen, wie sie sich die Republik nach den Bundestagswahlen vorstellen. Ihr Wahlprogramm ist veröffentlicht und mit „Alles ist drin“ überschrieben. Wenn es so weitergeht, könnte wirklich alles drin sein. Sogar das Kanzleramt. Viele Wähler werden wohl geneigt sein, sich – womöglich erstmals – der Idee einer grünen Bundesregierung zuzuwenden.

Ungeachtet des grünen Glanzes könnte es sich in den kommenden Wochen und Monaten gleichwohl lohnen, genauer hinzuhören. Denn hinter dem lässigen Auftritt des Spitzen-Duos Baerbock und Habeck, die so tun, als gäbe es zwischen ihnen im Wahlprogramm versprochenen unzähligen, ja, fast märchenhaften Vorhaben keinerlei Zielkonflikte, verbirgt sich ein überzeugter Etatismus, eine tiefes Vertrauen darin, dass die Regierung, sofern sie denn eine grüne wird, es besser weiß und besser kann. Verbrämt wird das mit dem Begriff der „sozial ökologischen Neubegründung“, die nichts anderes bedeutet als eine Kaskade von Regulierungen, mit denen die Grünen endlich das erzwingen wollen, wofür sie seit Jahren kämpfen: einen ökologischen Staat, in dem die Regierung bestimmt, was gutes Leben ist.

Wie statistisch grüne Politiker wirklich denken, wenn es um die praktische Umsetzung ihrer teilweise durchaus erstrebenswerten Ziele geht, war vor einigen Tagen erst in Berlin zu beobachten. „Wir holen uns unsere Stadt zurück – und zwar Haus für Haus“, donnerte die grüne Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus Antje Kapek ohne Sinn und Verstand ihren Parteikollegen entgegen und interpretierte damit die im Wahlprogramm angekündigte grüne Wohnungspolitik unmissverständlich: Es geht um rigide Mietbremsen, einen erweiterten Mieterschutz, massenhaft staatlichen Wohnungsbau und – in Berlin – um Enteignungen.

In Berlin also haben die Grünen schon mal das Visier geöffnet, wie sie Politik verstehen. Wer die Partei im Herbst wählen will, der sollte auch diese Dinge hören.